



Regionales Gefälle in der öffentlichen Finanzkraft verlangt nach umfassenden Lösungen .....	27
Konjunkturelle Besserung auf dem Arbeitsmarkt	35

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

# WOCHENBERICHT 3/89

Berlin

19. Januar 1989

56. Jahrgang

## Regionales Gefälle in der öffentlichen Finanzkraft verlangt nach umfassenden Lösungen

*In den 80er Jahren hat sich das regionale Wachstums- und Beschäftigungsgefälle in der Bundesrepublik Deutschland verstärkt. Diese Entwicklung hatte auch Auswirkungen auf die staatlichen Finanzströme; die Unterschiede in der regionalen Finanzkraft haben sich erheblich verschoben. Tempo und Niveau der Neuverschuldung von Ländern und ihren Gemeinden waren in den wirtschaftsschwächeren Regionen höher als in den wirtschaftsstärkeren. Aber auch die Struktur der Ausgaben hat sich verändert: In den wirtschaftsschwächeren Regionen ist die Belastung durch Zinsausgaben und Sozialhilfe überdurchschnittlich hoch und der Spielraum für Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur gering; die Möglichkeiten zur Neuverschuldung sind vielfach ausgeschöpft. Das Strukturhilfegesetz des Bundes dürfte die Finanzprobleme dieser Regionen nur wenig mildern, zumal die Mittel — nach dem Gießkannenprinzip verteilt — die Mindereinnahmen, die durch die Steuerreform 1990 entstehen, nur zum geringen Teil auffangen.*

In den achtziger Jahren nahm die Beschäftigung regional weniger gleichmäßig zu als nach der Wirtschaftskrise 1974/75. Damals stieg die Erwerbstätigkeit in Nordrhein-Westfalen nur etwas schwächer als in Baden-Württemberg und Bayern. Von der Rezession 1981/82 sind die nördlichen Bundesländer und Nordrhein-Westfalen sehr viel stärker getroffen worden als die übrigen. Die Diskrepanzen haben sich seitdem verstärkt. Ähnliche Relationen wie bei der Beschäftigungsentwicklung zeigen sich beim Wirtschaftswachstum. Die Unterschiede verringern sich, wenn man das reale Bruttoinlandsprodukt auf die Einwohnerzahl<sup>1</sup> bezieht. Im Süden ist die Zahl der Einwohner gestiegen; in den übrigen Regionen ist sie gesunken, am stärksten in den Stadtstaaten und in Nordrhein-Westfalen. Von 1980 bis 1987 war das Wirtschaftswachstum pro Kopf der Bevölkerung im Süden mit fast 15 vH doppelt so hoch wie in Nordrhein-Westfalen. Die nördlichen Bundesländer erreichten im Durchschnitt knapp 10 vH, wobei dort das Wachstum von Hamburg getragen wurde, das pro Kopf der Bevölkerung eine ebenso hohe Rate erzielte wie Bayern.

Teils als Folge des Bemühens, die gesamtwirtschaft-

liche Entwicklung zu stabilisieren, mehr aber noch als Folge der Wachstumsabschwächung hat die Staatsverschuldung in den 80er Jahren merklich zugenommen. Dabei waren Tempo und Niveau der Neuverschuldung der Länder und ihrer Kommunen in den wirtschaftsschwächeren Regionen deutlich höher als in den wirtschaftsstärkeren. Zudem zeigt sich, daß die kleinen Bundesländer bzw. Stadtstaaten pro Kopf der Bevölkerung sehr viel höhere Schulden tragen als die größeren Regionen.

Mit über 18 000 DM je Einwohner liegt Bremen in der Schuldenhierarchie an der Spitze; mit 11 000 bzw. über 10 000 DM folgen das Saarland und Hamburg. Den niedrigsten Schuldenstand weisen Bayern (3 600 DM) und Baden-Württemberg (4 700 DM), auf. In den übrigen Regionen schwankt der Schuldenstand um 7 000 DM pro Kopf der Bevölkerung. Auch im Schuldenniveau der Länder und ihrer Kommunen zeigt sich also ein ausgeprägtes Nord-Süd-Gefälle. Ähnlich ist das Bild, wenn man die Schuldenzunahme vergleicht: Von 1980 bis 1987 sind

<sup>1</sup> Die Ergebnisse der Volkszählung 1987 konnten bei diesen Berechnungen noch nicht berücksichtigt werden.

Tabelle 1

**Regionale Wirtschaftsentwicklung und Verschuldung**

	Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980				Schulden der Länder und Gemeinden <sup>1)</sup>				
	Veränderungen in vH		Veränderung je Einwohner in vH		Stand je Einwohner in DM			Differenzen in DM	
	80/75	87/80	80/75	87/80	1975	1980	1987	80/75	87/80
Schleswig-Holstein	15,7	7,8	14,7	7,5	2350	3843	7036	1493	3193
Niedersachsen	19,8	7,1	19,9	7,9	2421	4163	6804	1742	2641
Hamburg	12,1	11,2	17,3	17,0	3968	5118	10289	1150	5171
Bremen	12,4	3,1	16,7	9,7	3512	8491	18349	4979	9858
Nordrhein-Westfalen	15,0	5,1	15,9	7,4	1895	3641	7591	1746	3950
Hessen	21,4	12,4	20,8	13,1	2754	4120	6717	1366	2597
Rheinland-Pfalz	20,4	10,3	21,6	11,2	2778	4037	7058	1259	3021
Saarland	14,4	8,6	17,9	11,4	2649	4899	10997	2250	6098
Baden-Württemberg	18,4	13,7	17,9	12,2	1881	3123	4698	1242	1575
Bayern	22,9	18,4	22,1	16,8	1664	2360	3566	697	1205
Bundesgebiet	18,1	10,5	18,4	11,1	2162	3588	6400	1426	2812

<sup>1)</sup> Ohne Schulden bei Verwaltungen.  
*Quellen:* Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

die Pro-Kopf-Schulden am stärksten in Nordrhein-Westfalen, nämlich um knapp 4 000 DM, gestiegen; in den nördlichen Bundesländern betrug die Zunahme 3 500 DM, in Baden-Württemberg und Bayern indes nur 1 400 DM.

**Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen und regionale Entwicklung**

Aus der Tatsache, daß höheres Wirtschaftswachstum mit niedriger Verschuldung und niedrigeres Wachstum mit höherer Verschuldung in den Regionen einhergeht, kann nicht der Schluß gezogen werden, eine kräftige Zunahme der Verschuldung sei die Ursache einer schwachen regionalen Entwicklung. Allerdings: Was aus gesamtwirtschaftlicher Sicht angeraten erscheint, nämlich der Wirtschaft durch die Inkaufnahme höherer Defizite Beschäftigungs- und Wachstumsimpulse zu vermitteln, bereitet aus regionaler Sicht zum Teil erhebliche Probleme.

Die wirtschaftspolitischen Entscheidungen fallen überwiegend auf Bundesebene; die Region ist mehr Betrofener denn Akteur mit eigenem Handlungsspielraum. Für die einzelne Region zählt die globale Geld-, Finanz- und Einkommenspolitik zu den „exogenen“ Größen, gleichwohl können diese Entscheidungen erhebliche Folgen für

die regionale Entwicklung haben. Für die einzelnen Wirtschaftsräume sind die Wirkungen der nicht oder nur wenig beeinflussbaren Rahmenbedingungen häufig gewichtiger als für das Bundesgebiet insgesamt.

Regionalpolitik verspricht letztlich nur dann Erfolg, wenn es gelingt, das Angebotspotential der Region an die gesamtwirtschaftlichen Nachfragebedingungen anzupassen, die sich ständig wandeln und zu Veränderungen in Produktionsstruktur und Produktpalette zwingen. Regionale Gestaltung muß in erster Linie darauf zielen, die Angebotsbedingungen (Investitionsbedingungen) zu verbessern. Ansatzpunkte hierfür sind in der Regel Steuervergünstigungen und Infrastrukturmaßnahmen. Die Stärkung des regionalen Angebotspotentials soll vor allem dazu beitragen, den überregionalen Absatz zu steigern, dadurch Beschäftigung und Einkommen in der Region zu erhöhen und dabei das regionale Nachfragepotential zu kräftigen. Gelingt es, positive Wachstumsimpulse in der Region auszulösen, dann schließt sich der Kreis, es erhöhen sich der Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt und — im günstigen Falle — auch das gesamtwirtschaftliche Niveau. Bei unzureichender gesamtwirtschaftlicher Nachfrage verschärft sich indes der Wettbewerb zwischen den Regionen um die Schaffung günstiger Standortbedingungen für Unternehmen; das Ergebnis ist — gesamtwirtschaftlich gesehen — das eines „Nullsummenspiels“.

In den 80er Jahren war die gesamtwirtschaftliche Entwicklung — auch als Folge der Wirtschaftspolitik — zu wenig dynamisch, die Beschäftigungsprobleme konnten nicht gelöst werden. Hierdurch wurden die regionalen Diskrepanzen vergrößert mit der Folge, daß sich auch die Finanzkraft der Länder und ihrer Gemeinden unterschiedlich entwickelte. Die verschieden hohe Verschuldung ist weniger auf Unterschiede in der Ausgabenpolitik als auf Disparitäten bei den Einnahmen zurückzuführen — und dies, obwohl der Finanzausgleich die finanzielle Ausstattung der Regionen angleichen soll.

### Bedeutung des Länderfinanzausgleichs

Der Länderfinanzausgleich besteht aus mehreren Stufen. Von großer Bedeutung sind die „Lohn- und Körperschaftsteuerzerlegung“ sowie die Verteilung der Umsatzsteuer. Das Lohnsteueraufkommen wird nach dem Wohnsitz der Arbeitnehmer aufgeschlüsselt, die Körperschaftsteuer nach den Betriebsstätten der steuerpflichtigen Unternehmen. In dem Umfang, in dem damit Steuerkraftunterschiede verringert werden, reduzieren sich die Ansprüche der finanzschwachen Länder im Rahmen der anderen Ausgleichsformen. Bei der Umsatzsteuer werden drei Viertel des Länderanteils nach der Einwohnerzahl verteilt. Vom restlichen Viertel erhalten zunächst die finanzschwachen Länder Zuweisungen, bis sie 92 vH der durchschnittlichen Steuerkraft aller Länder erreichen („Ergänzungsteile“). Verbleiben dann noch Mittel, so werden zunächst die Kassen jener Länder aufgefüllt, die mit Hilfe der Ergänzungsteile nicht wenigstens den Umsatzsteueranteil nach Einwohnerzahl erreichen. Der Rest fließt an die steuerstarken Länder, und zwar im Verhältnis der Einwohnerzahl.

Im eigentlichen Länderfinanzausgleich (Ausgleich i.e.S.) leisten die finanzstarken Länder Ausgleichszahlungen an die finanzschwachen Länder. Entscheidend für den Umfang der Ausgleichsleistungen ist prinzipiell nicht der Finanzbedarf — er ist ja auch keine objektivierbare Größe und wird überall als gleich hoch angesehen —, sondern die Steuerkraft. Das Verfassungsgebot eines angemessenen Ausgleichs gilt als erfüllt, wenn die Steuern je Einwohner auf 95 vH des Durchschnitts aller Länder angehoben worden sind.

Für die Stadtstaaten Bremen und Hamburg gilt insofern eine Ausnahme, als für sie aufgrund der „Andersartigkeit der Stadtstaaten gegenüber den Flächenstaaten“ ein höherer Finanzbedarf anerkannt wird, der mittels einer speziellen Einwohnergewichtung zu berücksichtigen ist. Es sind insbesondere zwei Gründe, auf denen diese „Einwohnerveredelung“ fußt. Einmal übernehmen die Stadtstaaten — wie andere Großstädte auch — für das Umland zentrale Funktionen, die Mehrausgaben verursachen (Personennahverkehr, kulturelles Angebot, Gesundheits- und Erholungseinrichtungen, Bildungs- und Ausbildungs-

angebot). Mehrausgaben entstehen auch durch Folgewirkungen der Agglomeration (ökologische Schäden, Gesundheitsschädigungen, Kriminalität, soziale Folgewirkungen). In den Großstädten der Flächenstaaten werden diese Kosten im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs ganz oder teilweise kompensiert. Zum anderen fallen in den Stadtstaaten aufgrund ihrer politisch-administrativen Selbständigkeit Kosten der „politischen Führung“ an, die sich in den Flächenländern auf mehr Einwohner verteilen; man spricht von den „Kosten der Kleinheit“ (mit diesem Problem ist auch das Saarland konfrontiert).

Die Ergänzungszuweisungen des Bundes in Höhe von 1,5 vH des Umsatzsteueraufkommens sind ein subsidiäres Instrument zur Verringerung der verbleibenden Finanzkraftunterschiede. Von 1988 an wurden diese Zuweisungen auf 2 vH des Umsatzsteueraufkommens erhöht.

Gemessen am Umfang ist die Ausgleichswirkung der *Lohn- und Körperschaftsteuerzerlegung* am größten: 1987 wurden, wie schon 1986, über 4 Mrd. DM umverteilt; 1980 waren es 2,4 Mrd. DM (jeweils ohne Berlin). Absolut und auch auf die Einwohnerzahl bezogen erbrachte Hamburg die weitaus höchste Ausgleichsleistung (1 127 DM je Einwohner). An zweiter Stelle liegt Bremen (293 DM), gefolgt von Baden-Württemberg (über 100 DM). In Hamburg und Bremen sind die Fälle, in denen der Wohnsitz nicht gleichzeitig Arbeitsplatz ist, besonders häufig. Durch die Zerlegung werden in erster Linie Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen begünstigt. Mit Ausnahme Bremens profitieren von der Zerlegung jene Länder, die beim Finanzausgleich i.e.S. zu den Empfängern gehören.

Das Volumen der *Umsatzsteuerumverteilung* im Finanzausgleich betrug 1986 per Saldo über eine Mrd. DM. Nicht berücksichtigt sind dabei die jeweiligen Differenzen zwischen dem örtlichem Umsatzsteueraufkommen und dem Aufkommen nach der Einwohnerzahl. Die höchsten Ausgleichsbeträge je Einwohner erhielt das Saarland (277 DM), und auch Niedersachsen und Schleswig-Holstein profitierten von dieser Umverteilung; Baden-Württemberg, Hessen und die beiden Stadtstaaten sind zu etwa gleichen Pro-Kopf-Teilen die „Finanziers“.

Die *horizontalen Ausgleichsleistungen* erreichten 1987 eine Höhe von 3,2 Mrd. DM (1980 2,2 Mrd. DM). Gegenüber 1980 hat sich die Geber- und Empfängerstruktur verändert. Inzwischen ist Nordrhein-Westfalen kein Geberland mehr, sondern hat zuletzt sogar — in geringem Maße — Leistungen empfangen. Hingegen wuchs Bayern 1987 erstmals in den Bereich der Geberländer hinein, mußte aber keinen Beitrag leisten, weil es sich in der „ausgleichsfreien Zone“ befand. Gemessen an der Einwohnerzahl ist Hessen nunmehr das Bundesland, das die höchsten Zahlungen leistet, während 1980 noch Hamburg, gefolgt von Baden-Württemberg, an der Spitze gelegen hatte. Unter den Empfängerländern erhält Bremen die mit Abstand höchsten Ausgleichsleistungen (761 DM je Einwohner), gegenüber 1980 hat sich der

Tabelle 2

Länderfinanzausgleich<sup>1)</sup>  
in DM je Einwohner

	1975	1980	1985	1987		1975	1980	1985	1987
Lohn- und Körperschaftsteuererlegung					Umsatzsteuerumverteilung <sup>2)</sup>				
Schleswig-Holstein	147	186	321	347	Schleswig-Holstein	-	-	52	55
Niedersachsen	74	90	158	172	Niedersachsen	50	-	21	83
Hamburg	-367	-776	-1098	-1127	Hamburg	-13	-4	-36	-59
Bremen	-121	-134	-263	-293	Bremen	-14	-4	-36	-44
Nordrhein-Westfalen	-20	-11	-24	-59	Nordrhein-Westfalen	-13	-4	-	-2
Hessen	-28	-25	-93	-66	Hessen	-13	-4	-37	-59
Rheinland-Pfalz	110	155	275	297	Rheinland-Pfalz	-	-	-	-
Baden-Württemberg	-48	-59	-101	-106	Baden-Württemberg	-13	-4	-37	-59
Bayern	24	34	32	62	Bayern	-	-	-	-
Saarland	16	12	69	106	Saarland	85	143	319	277
Horizontale Ausgleichsleistungen					Ergänzungszuweisungen des Bundes				
Ausgleichspflichtige Länder					Bayern				
Nordrhein-Westfalen	-25	-4	+5	+8	Niedersachsen	41	70	78	80
Baden-Württemberg	-72	-163	-156	-203	Rheinland-Pfalz	45	77	89	86
Hessen	-37	-53	-131	-216	Schleswig-Holstein	46	78	97	108
Hamburg	-315	-190	-257	-50	Saarland	43	74	151	256
Ausgleichsberechtigte Länder					Bremen				
Bayern	34	37	3	-	Nordrhein-Westfalen	-	-	-	7
Niedersachsen	99	104	115	157					
Rheinland-Pfalz	80	68	103	131					
Schleswig-Holstein	92	124	216	235					
Saarland	163	269	342	321					
Bremen	64	256	502	761					

<sup>1)</sup> 1987 vorläufig. — <sup>2)</sup> Für 1987 Ergebnis von 1986.

Quellen: Bundesrat, Bundesministerium der Finanzen, Berechnungen des DIW.

Betrag verdreifacht. Auf das Saarland entfielen 321 DM pro Kopf der Bevölkerung, das war nur ein Fünftel mehr als 1980; damals rangierte es an der Spitze. Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein nahmen 1987 fast doppelt so hohe Leistungen in Anspruch wie zu Beginn der 80er Jahre. In Niedersachsen war der Zuwachs niedriger, weil die Zahlungen durch die teilweise Berücksichtigung der Förderabgabe entsprechend gekürzt worden waren.

Die *Ergänzungszuweisungen* des Bundes tragen immer mehr zur Verringerung der nach dem Länderfinanzausgleich noch verbleibenden Finanzunterschiede bei. 1987 gewährte der Bund fast 1,8 Mrd. DM. Die höchsten Pro-Kopf-Beträge (132 bzw. 154 DM) erhielten Bremen und das Saarland, es folgten Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen. An Bayern sind erstmals 1988 keine Mittel mehr geflossen.

**Regionale Entwicklung der Einnahmen**

Die nivellierende Wirkung des Länderfinanzausgleichs zeigt sich, wenn man die regionale Entwicklung der Ein-

nahmen (in Abgrenzung der Finanzstatistik) betrachtet. In den hier vorgestellten Ergebnissen wurden die Finanzströme der Länder und der ihnen zugehörigen Gemeinden zusammengefaßt. Die Kommunen sind verfassungsrechtlich keine eigenständige staatliche Ebene, sondern Teile der Länder. Es ist Aufgabe der Länder, den Gemeinden ausreichende Finanzmittel zur Verfügung zu stellen und Unterschiede in der Steuerkraft zu verringern. Im Rahmen dieser Untersuchung interessierte die regionale Verteilung und Verwendung der öffentlichen Finanzmittel und nicht die Frage, wie die Aufgabenerfüllung und Mittelverteilung zwischen Kommunen und dem jeweiligen Bundesland geregelt sind.

Vergleicht man das Niveau der Steuereinnahmen von Ländern und Gemeinden je Einwohner, so rangiert Hamburg mit Abstand an erster Stelle; es folgen Hessen, Bremen und Baden-Württemberg. Am niedrigsten sind die Steuereinnahmen in Schleswig-Holstein, im Saarland und in Niedersachsen. Betrachtet man nur die Flächenstaaten, so liegt das Steueraufkommen in Hessen und Baden-Württemberg um rund ein Drittel über dem von Schleswig-Holstein und Niedersachsen. In den 80er

Tabelle 3

Einnahmen der Länder und Gemeinden<sup>1)</sup>

Jahr	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Hamburg	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Saarland	B.-Württem-berg	Bayern
<b>DM je Einwohner</b>										
Einnahmen insgesamt										
1975	3287	3311	4364	3716	3411	3570	3270	2967	3583	3370
1980	4954	5088	6198	5703	5020	5219	4803	4622	5597	5110
1985	5738	6195	8019	7119	5837	6519	5761	5773	6691	6193
1987 <sup>2)</sup>	6249	6422	8279	8183	6382	7122	6092	6414	7208	6603
Steuern und steuerähnliche Abgaben										
1975	1654	1656	3047	2326	1926	1984	1669	1552	1974	1742
1980	2535	2614	4246	3429	2910	3030	2649	2425	3163	2787
1985	2957	3080	5479	4007	3533	3867	3244	2938	3817	3513
1987 <sup>2)</sup>	3179	3273	5509	4125	3866	4239	3455	3248	4119	3788
Gebühren, sonstige Entgelte										
1975	412	363	631	535	281	448	328	277	459	418
1980	596	543	909	767	445	638	480	546	720	615
1985	827	764	1279	1107	668	921	655	820	984	928
1987 <sup>2)</sup>	874	846	1280	1302	748	1048	666	1031	1091	1013
Zahlungen vom Bund										
1975	354	351	288	272	230	212	399	246	196	281
1980	466	426	339	391	291	287	469	394	264	340
1985	455	416	364	431	256	263	475	495	227	333
1987 <sup>2)</sup>	522	438	447	880	292	264	469	527	246	283
Sonstige Einnahmen										
1975	867	940	398	583	974	926	873	891	953	930
1980	1357	1505	705	1115	1374	1264	1205	1257	1450	1369
1985	1500	1936	897	1573	1379	1468	1386	1520	1664	1419
1987 <sup>2)</sup>	1674	1865	1044	1876	1476	1572	1501	1607	1752	1519
<b>Bundesdurchschnitt = 100</b>										
Einnahmen insgesamt										
1975	96,5	97,2	128,1	109,1	100,1	104,8	96,0	87,1	105,2	98,9
1980	96,7	99,3	120,9	111,3	97,9	101,8	93,7	90,2	109,2	99,7
1985	93,2	100,6	130,3	115,7	94,8	105,9	93,6	93,8	108,7	100,6
1987 <sup>2)</sup>	94,4	97,1	125,1	123,7	96,4	107,6	92,1	96,9	108,9	99,8
Steuern und steuerähnliche Abgaben										
1975	88,2	88,3	162,5	124,0	102,7	105,8	89,0	82,8	105,3	92,9
1980	87,3	90,0	146,2	118,1	100,2	104,3	91,2	83,5	108,9	96,0
1985	83,2	86,7	154,2	112,7	99,4	108,8	91,3	82,7	107,4	98,9
1987 <sup>2)</sup>	82,9	85,4	143,7	107,6	100,8	110,5	90,1	84,7	107,4	98,8
Gebühren, sonstige Entgelte										
1975	108,4	95,5	166,0	140,8	73,9	117,8	86,3	72,9	120,7	109,8
1980	103,6	94,3	157,9	133,4	77,3	110,9	83,4	94,8	125,1	106,8
1985	99,4	91,9	153,9	133,2	80,4	110,8	78,8	98,7	118,4	111,7
1987 <sup>2)</sup>	95,3	92,2	139,6	141,9	81,5	114,2	72,7	112,5	118,9	110,5
Zahlungen vom Bund										
1975	133,4	132,3	108,5	102,4	86,7	79,9	150,7	92,9	73,9	105,9
1980	139,2	127,3	101,3	116,8	87,1	85,7	140,1	117,7	78,9	101,5
1985	143,4	131,1	114,7	136,1	80,7	83,1	149,8	156,0	71,6	104,9
1987 <sup>2)</sup>	156,4	131,2	133,8	263,6	87,6	78,9	140,6	158,0	73,7	84,7

<sup>1)</sup> Soweit als möglich bereinigt um Zahlungen von/an gleiche Ebene. — <sup>2)</sup> Schätzung nach Teilergebnissen.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

Jahren haben sich die Unterschiede im Pro-Kopf-Aufkommen noch vergrößert: Hessen und Baden-Württemberg haben zugelegt, während Schleswig-Holstein und Niedersachsen gegenüber dem Bundesdurchschnitt weitere Einbußen hinnehmen mußten. Auch Bremen hat deutlich verloren, während die Position Hamburgs stark schwankt. Bayern hat im letzten Jahrzehnt spürbar aufgeholt und zuletzt fast den Durchschnitt aller Flächen- und Stadtstaaten erreicht. Im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen entsprach das Steueraufkommen in den 80er Jahren etwa dem Bundesdurchschnitt, nachdem es Mitte der 70er Jahre noch etwas darüber gelegen hatte.

Naturgemäß sind die Steuereinnahmen die wichtigste Finanzierungsquelle von Ländern und Gemeinden. Allerdings streut ihre Bedeutung zum Teil erheblich. In den finanzschwächeren Regionen ist ihr Anteil an den gesamten Einnahmen per Saldo niedriger als in den finanzstärkeren. Mit zwei Dritteln ist das Gewicht in Hamburg am höchsten, in dem anderen Stadtstaat beträgt es nur die Hälfte, ebenso in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und im Saarland. In allen Regionen hat die Bedeutung der Gebührenfinanzierung zugenommen, im Bundesdurchschnitt auf ein Siebentel der Gesamteinnahmen. In der Pro-Kopf-Betrachtung zeigen sich indes erhebliche Entwicklungs- und Niveauunterschiede. In den wirtschaftsschwächeren Flächenstaaten ist das Niveau mit Ausnahme des Saarlandes erheblich niedriger als in den wirtschafts- und auch einkommensstärkeren Regionen. Traditionell am höchsten ist der Betrag je Einwohner in den Stadtstaaten, wohl vor allem deshalb, weil die Einwohner aus den Umlandgemeinden das Leistungsangebot dieser Zentren in Anspruch nehmen, aber nicht in die Pro-Kopf-Rechnung einbezogen werden.

Mit Ausnahme Bremens ist überall das Gewicht der vom Bund empfangenen Zuweisungen und Zuschüsse zurückgegangen. In Bremen beträgt der Anteil dieser Mittel inzwischen über 10 vH der gesamten Einnahmen, in den anderen finanzschwachen Regionen 7 bis 8 vH, in den finanzstärkeren Ländern 3 bis 4 vH. Je Einwohner fließen in die finanzschwächeren Regionen rund doppelt so hohe Bundesmittel wie in die finanzstärkeren.

Ein Vergleich der Gesamteinnahmen zeigt für die Flächenstaaten, daß 1987 die Einnahmen in Baden-Württemberg um ein knappes Fünftel höher waren als in Rheinland-Pfalz. In der Rangfolge liegt Baden-Württemberg knapp vor Hessen, am Ende liegen Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein. Am höchsten sind die Pro-Kopf-Einnahmen in den beiden Stadtstaaten. Im zeitlichen Verlauf hat sich — gemessen am Bundesdurchschnitt — die Position Nordrhein-Westfalens, Rheinland-Pfalz und auch Schleswig-Holsteins verschlechtert, während sich die von Bremen und dem Saarland merklich verbessert hat.

### Regionale Entwicklung der Ausgaben

Bei den Gesamtausgaben sind die regionalen Unter-

schiede geringer als bei den Einnahmen. Betrachtet man wiederum nur die Flächenstaaten, so sind in Hessen und Baden-Württemberg die Pro-Kopf-Ausgaben am höchsten und in Rheinland-Pfalz, Bayern und Schleswig-Holstein am niedrigsten. Alles in allem ist die Rangfolge ähnlich wie bei den Einnahmen. Offensichtlich gilt der Zusammenhang: Je höher die Einnahmen, desto größer der Ausgabenpielraum. Jene Länder, deren Einnahmeposition sich — gemessen am Bundesdurchschnitt — verschlechtert hat, haben sich in ihrem Ausgabeverhalten entsprechend angepaßt (und umgekehrt), obwohl eine Drosselung des Anstiegs der Pro-Kopf-Ausgaben bei sinkender Einwohnerzahl auch politisch nur schwer zu realisieren ist.

Zum Teil erheblich sind die Disparitäten bei den einzelnen Ausgabearten. Dies gilt insbesondere für die Zinsausgaben, aber auch die Sachinvestitionen und die Transferzahlungen, die weitgehend von der Sozialhilfe bestimmt werden. Niveau und Dynamik der Sozialhilfeausgaben sind eng mit der wirtschaftlichen Entwicklung in den Regionen verknüpft. In den wirtschaftsschwächeren Regionen hat sich das Gewicht dieser Ausgaben in den 80er Jahren zum Teil beträchtlich erhöht, in Hamburg z.B. verdoppelt. In Baden-Württemberg ist der Anteil gesunken, in Bayern konstant geblieben und in Hessen geringfügig gestiegen. 1987 betragen die Pro-Kopf-Ausgaben in Baden-Württemberg und Bayern nur zwei Drittel des Bundesdurchschnitts, während sie in Hamburg um 80 vH und in Bremen um 40 vH über dem Durchschnitt lagen; noch 1975 entsprachen die Ausgaben der beiden Stadtstaaten dem Bundesdurchschnitt, und 1980 war das Niveau in Hamburg sogar niedriger. Von den Flächenstaaten weist Nordrhein-Westfalen die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben auf; es folgen Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Von 1975 bis 1980 haben die Unterstützungen in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu den anderen Regionen nur schwach expandiert.

Das Gewicht der Zinsausgaben hat sich zum Teil dramatisch erhöht. In den beiden kleinsten Regionen, dem Saarland und Bremen, betrug der Anteil 1975 noch rund 5 vH, zehn Jahre später waren es schon 10 bzw. 14 vH. Seitdem hat die Entwicklung überall an Dynamik verloren, weil die Kapitalmarktzinsen gesunken sind und die Nettokreditaufnahme kräftig zurückgeführt wurde. Mit Abstand am niedrigsten sind die Anteile — und auch die Pro-Kopf-Ausgaben — in Baden-Württemberg und Bayern, gefolgt von Hessen. Während in Bayern die Pro-Kopf-Belastung um 40 vH und in Baden-Württemberg um rund ein Viertel unter dem Bundesdurchschnitt liegt, wird der Durchschnitt in Bremen um 170 vH, in Hamburg und im Saarland um rund 70 vH übertroffen. Auch in Nordrhein-Westfalen ist die Abweichung nach oben mit knapp 20 vH recht hoch.

Umgekehrt wie bei den Zinsausgaben ist das Gefälle bei den Sachinvestitionen, also jenen Ausgaben, die für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region und der Ge-

Tabelle 4

**Ausgaben der Länder und Gemeinden<sup>1)</sup>**

Jahr	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Hamburg	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Saarland	B.-Württemb.	Bayern
<b>DM je Einwohner</b>										
<b>Ausgabe insgesamt</b>										
1975	3773	3797	4932	4881	3916	4115	3712	3549	4009	3700
1980	5267	5517	6623	7154	5665	5596	5190	5265	6064	5319
1985	6099	6401	8456	8329	6338	6657	6041	6972	6774	6206
1987 <sup>2)</sup>	6755	6902	9128	9177	6793	7471	6568	7136	7460	6745
<b>Personal- und laufender Sachaufwand</b>										
1975	1894	1868	3035	2791	1753	2066	1842	1850	1970	1793
1980	2630	2712	4403	4221	2617	2904	2591	2809	2886	2569
1985	3217	3336	5173	5048	3133	3607	3114	3463	3550	3182
1987 <sup>2)</sup>	3520	3662	5630	5467	3386	3945	3349	3768	3843	3351
<b>Zinsausgaben für Kreditmarktmittel</b>										
1975	154	167	237	240	114	188	196	191	125	112
1980	255	282	359	569	246	278	281	345	209	168
1985	454	446	692	1140	487	433	488	696	340	258
1987 <sup>2)</sup>	473	456	749	1204	521	434	503	766	324	261
<b>Laufende Zuweisungen und Zuschüsse an Dritte</b>										
1975	321	382	450	437	520	392	446	329	363	342
1980	462	617	567	759	747	542	593	486	564	513
1985	710	772	1131	1039	904	674	722	1042	637	599
1987 <sup>2)</sup>	853	896	1406	1086	1058	791	852	650	669	717
<b>darunter: Unterstützungen (Sozialhilfe) u.ä.</b>										
1975	233	297	297	302	397	304	213	236	242	230
1980	331	463	375	491	479	417	302	320	364	310
1985	545	571	799	800	601	515	415	382	401	353
1987 <sup>2)</sup>	649	657	1041	810	724	608	508	451	381	397
<b>Sachinvestitionen</b>										
1975	521	582	555	1011	606	627	567	494	724	626
1980	738	778	647	983	766	798	804	605	1108	892
1985	661	577	765	502	569	676	701	526	862	876
1987 <sup>2)</sup>	720	587	724	599	569	829	744	550	1017	1012
<b>Sonstige Ausgaben</b>										
1975	884	798	655	402	924	842	662	684	828	827
1980	1183	1128	648	622	1289	1073	921	1020	1296	1176
1985	1057	1270	695	599	1245	1267	1016	1246	1384	1291
1987 <sup>2)</sup>	1189	1302	618	821	1259	1472	1120	1402	1608	1403
<b>Bundesdurchschnitt = 100</b>										
<b>Ausgaben insgesamt</b>										
1975	97,4	98,0	127,2	125,9	101,1	106,2	95,8	91,6	103,4	95,5
1980	94,3	98,8	118,6	128,1	101,4	100,2	92,9	94,3	108,6	95,2
1985	94,9	99,6	131,5	129,5	98,6	103,5	94,0	108,4	105,4	96,5
1987 <sup>2)</sup>	96,8	98,9	130,8	131,5	97,3	107,1	94,1	102,3	106,9	96,6
<b>Personal- und laufender Sachaufwand</b>										
1975	99,7	98,3	159,8	146,9	92,3	108,8	97,0	97,4	103,7	94,4
1980	95,3	98,3	159,6	153,0	94,9	105,3	93,9	101,8	104,6	93,1
1985	95,7	99,3	153,9	150,2	93,2	107,3	92,6	103,0	105,6	94,7
1987 <sup>2)</sup>	97,0	100,9	155,1	150,6	93,3	108,7	92,3	103,8	105,9	92,3
<b>Zinsausgaben für Kreditmarktmittel</b>										
1975	108,5	117,9	167,2	169,4	80,2	132,5	138,1	134,6	88,3	78,7
1980	104,3	115,3	146,7	232,4	100,5	113,8	115,0	141,2	85,4	68,8
1985	106,5	104,6	162,1	267,3	114,2	101,5	114,3	163,2	79,7	60,4
1987 <sup>2)</sup>	107,5	103,5	170,2	273,6	118,4	98,6	114,4	174,0	73,6	59,3
<b>Unterstützungen (Sozialhilfe) u.ä.</b>										
1975	78,4	100,0	100,2	101,9	133,7	102,5	71,9	79,5	81,4	77,6
1980	82,7	115,9	93,7	122,8	119,8	104,2	75,5	80,1	91,2	77,6
1985	108,6	113,9	159,3	159,4	119,7	102,7	82,7	76,1	79,8	70,3
1987 <sup>2)</sup>	112,4	113,9	180,5	140,4	125,5	105,5	88,1	78,1	66,0	68,8
<b>Sachinvestitionen</b>										
1975	83,7	93,6	89,2	162,5	97,4	100,8	91,1	79,5	116,3	100,7
1980	87,4	92,2	76,6	116,5	90,8	94,6	95,3	71,7	131,3	105,7
1985	94,6	82,6	109,6	71,9	81,4	96,8	100,4	75,3	123,4	125,4
1987 <sup>2)</sup>	93,5	76,3	94,1	77,8	73,9	107,7	96,6	71,5	132,1	131,5

<sup>1)</sup> Soweit als möglich bereinigt um Zahlungen von/an gleiche Ebene. — <sup>2)</sup> Schätzung nach Teilergebnissen.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

samtwirtschaft einen besonders hohen Stellenwert haben. Die Pro-Kopf-Ausgaben für Sachinvestitionen waren in Baden-Württemberg und Bayern zuletzt fast doppelt so hoch wie im Saarland, in Bremen, Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen. Besonders drastisch war der Verfall der Investitionstätigkeit — gemessen am Bundesdurchschnitt — in Bremen, aber auch in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen. Hier wurde versucht, die chronische Finanzschwäche durch eine Verringerung der Investitionsausgaben zu „kompensieren“. Bayern, dessen Investitionsausgaben pro Kopf der Bevölkerung 1975 noch den Bundesdurchschnitt repräsentierten, hat sich seitdem vom Durchschnittswert kontinuierlich entfernt und nunmehr Baden-Württemberg erreicht. Aufgeholt haben auch Schleswig-Holstein und, sieht man einmal vom vorläufigen Ergebnis 1987 ab, Hamburg; Hessen hat seine Position alles in allem gehalten.

Geringer ist das Gefälle bei den Personal- und laufenden Sachaufwendungen. Aber auch hier ist das Niveau in den wirtschafts- und finanzstärkeren Ländern Hessen und Baden-Württemberg höher als anderswo, sieht man einmal von den Stadtstaaten ab. Über dem Durchschnitt liegen die Ausgaben im Saarland. Das hohe Niveau in den Stadtstaaten und im Saarland hängt zum Teil damit zusammen, daß die Kosten der politischen Führung „fix“, d.h. von der Einwohnerzahl weitgehend unabhängig und nicht teilbar sind.

In der Entwicklung der Personal- und laufenden Sachaufwendungen zeigen sich ebenfalls geringe Unterschiede. Am größten war der Zuwachs von 1980 bis 1987 in Hessen (36 vH), am geringsten in Hamburg (28 vH). Diese Diskrepanzen beruhen vor allem im unterschiedlichen Einstellungsverhalten der öffentlichen Arbeitgeber; die Tarifabschlüsse, die den Personalkostenanstieg zum großen Teil determinieren, gelten für alle Regionen in gleichem Maße.

#### Fazit

Trotz des Finanzausgleichs hat sich seit 1975 die Finanzausstattung in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland auseinanderentwickelt; die Unterschiede haben sich allerdings zuletzt wohl kaum noch vergrößert. Typisch für wirtschaftsschwächere Gebiete ist, daß sie hochverschuldet sind und die Schuldendienstleistungen ihren Handlungsspielraum einschränken. Eine Folge war, daß in diesen Regionen die öffentlichen Investitionsausgaben weitaus stärker als anderswo gekürzt worden sind. Damit aber fehlte eine wichtige Voraussetzung dafür, die eigene Wirtschaftskraft zu stärken.

Alles in allem sind die Unterschiede in der Finanzausstattung nicht auf der Ausgabenseite entstanden. Bei den Personal- und laufenden Sachaufwendungen zum Beispiel waren die Verlaufsunterschiede gering. Entscheidend waren vielmehr die regionalen Wachstumsdisparitäten einschließlich ihrer fiskalischen Folgen sowie Veränderungen in der Einwohnerzahl. Erst dadurch wurden die Hilfen an strukturschwache Sektoren (Bergbau, Stahl, Werften) erforderlich, ebenso die hohen Sozialhilfeleistungen in den Ballungsgebieten, wo der Anteil der Transfereinkommensbezieher besonders groß ist.

Die Einwohnerverluste (Stadt-Umlandwanderung) verschlechterte in vielen Großstädten die Finanzlage. In den Stadtstaaten kommt der Effekt der Einwohnerveredelung negativ hinzu, d.h. die Steuerausfälle je Kopf sind größer. Die Ausgaben können aber nicht entsprechend reduziert werden, weil die Infrastruktur von den Umlandbewohnern weiterhin in Anspruch genommen wird.

Tatsächlich sind die Finanznöte im Saarland und in den beiden Stadtstaaten besonders groß. Ihre fiskalische Existenzfähigkeit kann letztlich nur gesichert werden, wenn diese Regionen — zeitlich begrenzt — stärker als bisher zusätzliche Ausgleichsmittel erhalten bzw. die Einwohnerzahl höher gewichtet wird.

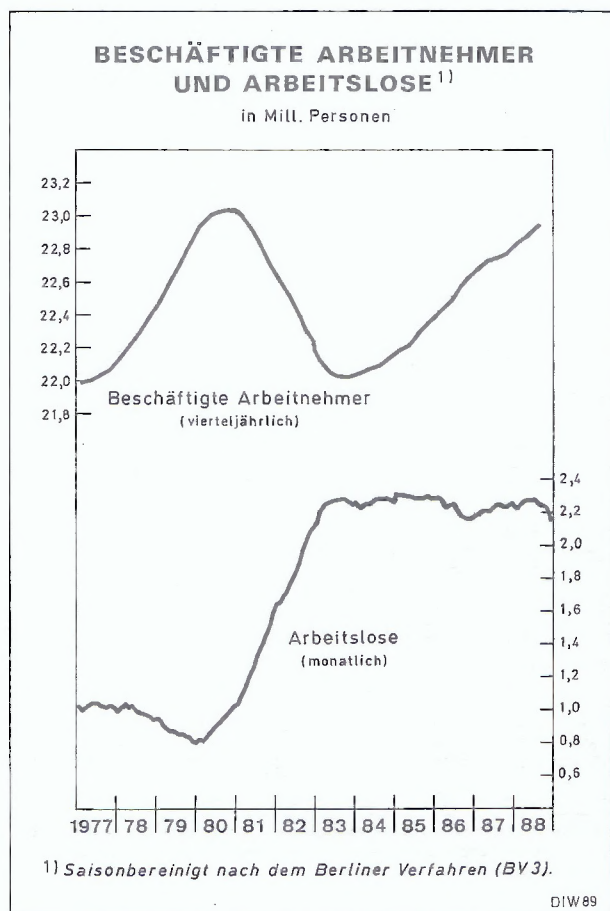
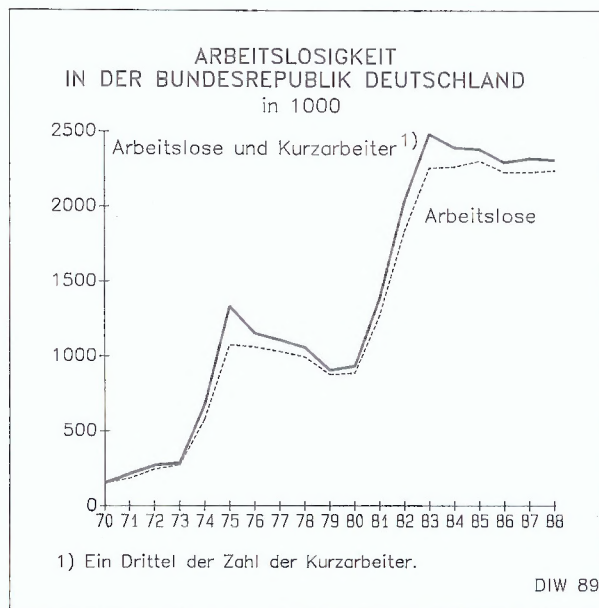
Generell müssen Überlegungen zur Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich — das Strukturhilfegesetz des Bundes ändert hieran nur wenig — in die Richtung zielen, die Steuereinnahmen der Gemeinden bei der Berechnung der Ausgleichsleistungen nicht nur zur Hälfte, sondern weitaus stärker einzubeziehen. Da die Sozialhilfeleistungen regional sehr unterschiedlich verteilt sind, ohne daß dies von den Ländern und Gemeinden zu verantworten ist, sollten von den Steuereinnahmen der Länder und ihrer Gemeinden, die als Bemessungsgrundlage für den Finanzausgleich dienen, die Sozialhilfeaufwendungen abgesetzt werden. Ein solches Verfahren wäre dem vergleichbar, mit dem im Finanzausgleich die Sonderleistungen, die den Stadtstaaten, Schleswig-Holstein und Niedersachsen aus der Unterhaltung ihrer Seehäfen entstehen, abgegolten werden. Erforderlich ist auf alle Fälle eine Vergrößerung des Finanzausgleichsvolumens, die Mittel aus dem Strukturhilfefonds reichen bei weitem nicht. Hier böte sich eine Erhöhung des Länderanteils an der Umsatzsteuer an, zumal sich die Finanzlage des Bundes spürbar verbessert und die Länder von der Anhebung der indirekten Steuern nicht profitieren, aber im Zusammenhang mit der Reform 1990 erhebliche Steuerausfälle hinnehmen müssen.

## Konjunkturelle Besserung auf dem Arbeitsmarkt

### Beschäftigung und Einkommen der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland im dritten Quartal 1988

Der konjunkturelle Schwung, von dem die Wirtschaft der Bundesrepublik im vergangenen Jahr getragen war, hat sich auch am Arbeitsmarkt deutlich niedergeschlagen. Zwar blieb der Sockel an Arbeitslosigkeit hoch und damit ihre soziale Dimension, insbesondere das Problem der Langzeitarbeitslosen, unverändert. Aber weit mehr Menschen als zu erwarten war, fanden zusätzlich einen Arbeitsplatz. Die Zahl der Beschäftigten stieg im dritten Quartal 1988 saisonbereinigt um gut 50 000. Wie in den Jahren 1985/86 war es der Export, von dem die entscheidenden Impulse auf das Wirtschaftswachstum ausgingen.

Die zunehmende Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften hat sich seit Sommer 1988 in den Zahlen, die die Bundesanstalt für Arbeit über die Situation am Arbeitsmarkt ermittelt, entsprechend niedergeschlagen. Die Zahl der Arbeitslosen ist saisonbereinigt von ihrem Höchststand zur Jahresmitte 1988 (2,27 Mill.) bis Dezember um rund 120 000 zurückgegangen, die Zahl der



offenen Stellen hat sich verstärkt erhöht, und die Kurzarbeit spielt praktisch keine Rolle mehr.

Insbesondere der fast vollständige Abbau der Kurzarbeit wird in der öffentlichen Diskussion über den Beitrag des Wirtschaftswachstums zur Verringerung der Arbeitslosigkeit oft nicht angemessen gewürdigt. Die Kurzarbeit bildet im konjunkturellen Ablauf einen Puffer, der das Entstehen noch höherer Arbeitslosigkeit verhindert. Verbessert sich die Beschäftigungssituation, wird zunächst diese Reserve genutzt, bevor es zu Neueinstellungen kommt und die Zahl der als arbeitslos Registrierten sinkt. Kurzarbeit ist Arbeitslosigkeit, auch wenn sie nur einen Teil der Arbeitskraft von Arbeitnehmern betrifft. In dem Schaubild „Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland“ wurde dieser Teil mit einem Drittel einer vollbeschäftigten Arbeitskraft angesetzt; auf diese Weise wurden Vollzeitarbeitslosigkeit und Kurzarbeit zusammengefaßt, um das gesamte Ausmaß der registrierten Arbeitslosigkeit und ihrer Entwicklung zu verdeutlichen. Es zeigt sich, daß der Beitrag einer konjunkturellen Belebung zum Abbau der Gesamtarbeitslosigkeit erheblich größer ist, als es die Zahl der Arbeitslosen für sich gesehen vermittelt. Schon von 1975 bis 1978 hatte der fast vollständige Abbau der Kurzarbeit erst die Voraussetzung dafür geschaffen, daß die Zahl der Arbeitslosen in den letzten Jahren jenes Aufschwungs kräftig sinken konnte. Im Jahre 1989 wäre angesichts des Abbaus der Kurzarbeit im Vorjahr ein ähnliches Übergreifen auf die Arbeits-

Beschäftigte und Einkommen der Arbeitnehmer<sup>1)</sup> in der Bundesrepublik Deutschland<sup>2)</sup>  
im 3. Quartal 1988

Wirtschaftsbereich	Absolute Zahlen								Veränderung gegen- über Vorjahr in vH			
	Männer				Frauen				Ins- gesamt	Männer	Frauen	Ins- gesamt
Gesamt	Arbeiter	Ang.u. Beamte	Auszu- bildende	Gesamt	Arbeiter	Ang.u. Beamte	Auszu- bildende					
Beschäftigte Arbeitnehmer (in 1000 Personen)												
Land- und Forstwirtschaft	185	128	30	27	72	43	16	13	257	-1,6	-1,4	-1,5
Bergbau	184	139	33	12	9	3	6	0	193	-4,7	0,0	-4,5
Energiewirtschaft	226	122	98	6	35	6	29	0	261	1,3	0,0	1,2
Verarbeitendes Gewerbe <sup>3)</sup>	5714	3729	1539	446	2404	1439	769	196	8118	0,0	0,1	0,0
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	1128	758	321	49	274	112	138	24	1402	-0,4	-0,4	-0,4
Investitionsgüter	3239	2045	914	280	1062	606	391	65	4301	0,0	0,2	0,1
Verbrauchsgüter	901	640	199	62	763	571	137	55	1664	0,4	0,3	0,4
Nahrungs- u. Genußmittel	446	286	105	55	305	150	103	52	751	-0,2	0,0	-0,1
Baugewerbe	1124	845	146	133	113	12	89	12	1237	-3,0	0,0	-2,8
Produzierendes Gewerbe	7248	4835	1816	597	2561	1460	893	208	9809	-0,6	0,1	-0,4
Handel	1311	453	695	163	1676	231	1205	240	2987	0,6	0,8	0,7
Verkehr <sup>4)</sup>	1084	468	560	56	301	79	209	13	1385	0,0	0,7	0,1
Handel und Verkehr	2395	921	1255	219	1977	310	1414	253	4372	0,3	0,8	0,5
Öffentlicher Dienst <sup>5)</sup>	2451	378	2027	46	1729	278	1391	60	4180	1,2	0,9	1,1
Geld-, Bank- u. Vers.-gewerbe	442	13	378	51	428	22	357	49	870	3,3	3,4	3,3
Gastgewerbe	260	144	98	18	328	191	128	9	588	1,6	2,2	1,9
Dienstleistungshandwerk <sup>6)</sup>	230	199	19	12	538	377	86	75	768	4,1	3,5	3,6
Sonstige Dienstleistungen <sup>7)</sup>	893	273	582	38	1347	396	835	116	2240	4,2	3,5	3,8
Dienstleistungen, gesamt	4276	1007	3104	165	4370	1264	2797	309	8646	2,2	2,3	2,3
Insgesamt	14104	6891	6205	1008	8980	3077	5120	783	23084	0,4	1,3	0,8
Bruttolöhne und -gehälter (in Mill. DM) <sup>8)</sup>												
Land- und Forstwirtschaft	1490	1011	426	53	462	269	168	25	1952	1,2	2,2	1,4
Bergbau	2093	1423	626	44	104	25	79	0	2197	-3,5	1,0	-3,3
Energiewirtschaft	2751	1337	1395	19	364	46	318	0	3115	4,4	3,1	4,3
Verarbeitendes Gewerbe <sup>3)</sup>	68244	40656	26607	981	19589	10345	8816	428	87833	3,3	3,6	3,4
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	14801	8590	6097	114	2568	862	1651	55	17369	4,0	3,8	4,0
Investitionsgüter	39783	23197	15975	611	9710	4781	4788	141	49493	2,9	3,1	2,9
Verbrauchsgüter	9439	6144	3153	142	5370	3801	1444	125	14809	4,1	4,1	4,1
Nahrungs- und Genußmittel	4221	2725	1382	114	1941	901	933	107	6162	3,2	3,9	3,4
Baugewerbe	11358	8825	2223	310	908	92	789	27	12266	0,0	4,0	0,3
Produzierendes Gewerbe	84446	52241	30851	1354	20965	10508	10002	455	105411	2,7	3,6	2,9
Handel	12880	3811	8754	315	11328	1495	9375	458	24208	4,5	4,7	4,6
Verkehr <sup>4)</sup>	11129	4177	6831	121	2600	473	2099	28	13729	2,0	2,7	2,2
Handel und Verkehr	24009	7988	15585	436	13928	1968	11474	486	37937	3,3	4,3	3,7
Öffentlicher Dienst <sup>5)</sup>	26529	3361	23065	103	15646	1617	13895	134	42175	3,0	2,5	2,8
Geld-, Bank- u. Versicherungsgewerbe	5933	126	5671	136	4257	167	3960	130	10190	7,4	7,5	7,5
Gastgewerbe	2241	1107	1099	35	1867	994	856	17	4108	4,6	5,1	4,8
Dienstleistungshandwerk <sup>6)</sup>	1582	1348	216	18	2643	1894	639	110	4225	6,2	6,1	6,2
Sonstige Dienstleistungen <sup>7)</sup>	9112	2253	6781	78	8240	2142	5865	233	17352	6,8	6,3	6,6
Dienstleistungen, gesamt	45397	8195	36832	370	32653	6814	25215	624	78050	4,5	4,5	4,5
Insgesamt	155342	69435	83694	2213	68008	19559	46859	1590	223350	3,3	4,1	3,6
Monatliches Durchschnittseinkommen (in DM) <sup>8)</sup>												
Land- und Forstwirtschaft	2685	2633	4733	654	2139	2085	3500	641	2532	2,8	3,6	3,0
Bergbau	3792	3412	6323	1222	3852	2778	4389	..	3794	1,2	1,0	1,2
Energiewirtschaft	4058	3653	4745	1056	3467	2556	3655	..	3978	3,0	3,1	3,1
Verarbeitendes Gewerbe <sup>3)</sup>	3981	3634	5763	733	2716	2396	3821	728	3607	3,3	3,4	3,3
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	4374	3777	6331	776	3124	2565	3988	764	4130	4,4	4,2	4,4
Investitionsgüter	4094	3781	5826	727	3048	2630	4082	723	3836	2,9	2,9	2,9
Verbrauchsgüter	3492	3200	5281	763	2346	2219	3513	758	2967	3,7	3,9	3,8
Nahrungs- und Genußmittel	3155	3176	4387	691	2121	2002	3019	686	2735	3,4	3,9	3,5
Baugewerbe	3368	3481	5075	777	2678	2556	2955	750	3305	3,1	4,0	3,1
Produzierendes Gewerbe	3884	3602	5663	756	2729	2399	3733	729	3582	3,3	3,4	3,3
Handel	3275	2804	4199	644	2253	2157	2593	636	2701	3,8	3,9	3,8
Verkehr <sup>4)</sup>	3422	2975	4066	720	2879	1996	3348	718	3304	2,0	2,0	2,0
Handel und Verkehr	3342	2891	4139	664	2348	2116	2705	640	2892	3,0	3,5	3,1
Öffentlicher Dienst <sup>5)</sup>	3608	2964	3793	746	3016	1939	3330	744	3363	1,7	1,6	1,7
Geld-, Bank- u. Versicherungsgewerbe	4474	3231	5001	889	3315	2530	3697	884	3904	4,0	4,0	4,0
Gastgewerbe	2873	2563	3738	648	1897	1735	2229	630	2329	3,0	2,9	2,9
Dienstleistungshandwerk <sup>6)</sup>	2293	2258	3789	500	1638	1675	2477	489	1834	2,0	2,6	2,4
Sonstige Dienstleistungen <sup>7)</sup>	3401	2751	3884	684	2039	1803	2341	670	2582	2,5	2,6	2,7
Dienstleistungen, gesamt	3539	2713	3955	747	2491	1797	3005	673	3009	2,2	2,1	2,2
Insgesamt	3671	3359	4496	732	2524	2119	3051	677	3225	2,9	2,8	2,8

1) Inländerkonzept; einschl. Heimarbeiter. — 2) Einschl. Berlin (West). — 3) Einschl. produzierendes Handwerk u. sonst. Kleingewerbe. — 4) Einschl. Bundesbahn und Bundespost. — 5) Einschl. Soldaten. — 6) U. a. fotografisches Gewerbe, Wäschereien, Friseur-, Gebäudereinigung. — 7) Insbesondere freie Berufe, Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte. — 8) Einschl. tariflicher und außertariflicher Sonderzahlungen (13. Monatseinkommen, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Gratifikationen u.a.).

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

Beschäftigte Arbeitnehmer<sup>1)</sup> in der Bundesrepublik Deutschland<sup>2)</sup>

	1985	1986				1987				1988		
	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
Absolute Zahlen in Tausend												
Land- u. Forstwirtschaft	249	230	254	265	247	227	249	261	243	223	247	257
Bergbau	213	210	210	209	210	207	205	202	201	198	195	193
Energiewirtschaft	252	255	255	256	256	258	258	258	258	260	261	261
Verarbeitendes Gewerbe <sup>3)</sup>	8011	7990	8036	8135	8132	8063	8058	8115	8092	8022	8032	8118
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	1435	1407	1417	1432	1426	1394	1399	1407	1402	1379	1388	1402
Investitionsgüter	4162	4187	4224	4285	4290	4275	4271	4298	4283	4256	4256	4301
Verbrauchsgüter	1662	1658	1659	1665	1665	1656	1652	1658	1657	1651	1654	1664
Nahrungs- u. Genußmittel	752	738	736	753	751	738	736	752	750	736	734	751
Baugewerbe	1299	1173	1239	1296	1281	1158	1224	1272	1256	1150	1194	1237
Produzierendes Gewerbe	9775	9628	9740	9896	9879	9686	9745	9847	9807	9630	9682	9809
Handel	2975	2924	2930	2951	2979	2942	2945	2966	2994	2958	2963	2987
Verkehr <sup>4)</sup>	1379	1379	1381	1377	1385	1384	1386	1383	1387	1387	1387	1385
Handel und Verkehr	4354	4303	4311	4328	4364	4326	4331	4349	4381	4345	4350	4372
Öffentlicher Dienst <sup>5)</sup>	4049	4060	4073	4085	4101	4110	4123	4135	4146	4156	4170	4180
Geld-,Bank- u. Vers.-gewerbe	808	811	815	819	828	832	837	842	851	856	864	870
Gastgewerbe	526	514	539	570	533	523	548	577	541	531	558	588
Dienstleistungshandwerk <sup>6)</sup>	698	669	680	709	723	698	714	741	749	721	739	768
Sonstige Dienstleistungen <sup>7)</sup>	2045	1983	1998	2061	2124	2074	2101	2158	2204	2149	2181	2240
Dienstleistungen, gesamt	8126	8037	8105	8244	8309	8237	8323	8453	8491	8413	8512	8646
Insgesamt	22504	22198	22410	22733	22799	22476	22648	22910	22922	22611	22791	23084
Veränderung gegenüber Vorjahr in vH												
Land- u. Forstwirtschaft	-1,6	-3,0	-1,2	0,0	-0,8	-1,3	-2,0	-1,5	-1,6	-1,8	-0,8	-1,5
Bergbau	-1,4	-0,9	-0,5	-1,9	-1,4	-1,4	-2,4	-3,3	-4,3	-4,3	-4,9	-4,5
Energiewirtschaft	1,2	1,6	1,6	1,6	1,6	1,2	1,2	0,8	0,8	0,8	1,2	1,2
Verarbeitendes Gewerbe <sup>3)</sup>	2,0	2,0	2,2	2,0	1,5	0,9	0,3	-0,2	-0,5	-0,5	-0,3	0,0
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	0,3	0,1	0,0	-0,1	-0,6	-0,9	-1,3	-1,7	-1,7	-1,1	-0,8	-0,4
Investitionsgüter	4,1	4,2	4,2	3,8	3,1	2,1	1,1	0,3	-0,2	-0,4	-0,4	0,1
Verbrauchsgüter	-0,2	-0,1	0,2	0,1	0,2	-0,1	-0,4	-0,4	-0,5	-0,3	0,1	0,4
Nahrungs- u. Genußmittel	-1,3	-1,3	-0,7	-0,1	-0,1	0,0	0,0	-0,1	-0,1	-0,3	-0,3	-0,1
Baugewerbe	-5,6	-4,0	-2,3	-1,5	-1,4	-1,3	-1,2	-1,9	-2,0	-0,7	-2,5	-2,8
Produzierendes Gewerbe	0,8	1,2	1,5	1,4	1,1	0,6	0,1	-0,5	-0,7	-0,6	-0,6	-0,4
Handel	-0,5	-0,5	-0,4	-0,1	0,1	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6	0,7
Verkehr <sup>4)</sup>	-0,4	-0,1	0,1	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,1	0,2	0,1	0,1
Handel und Verkehr	-0,5	-0,4	-0,2	0,0	0,2	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,5
Öffentlicher Dienst <sup>5)</sup>	1,5	1,3	1,3	1,3	1,3	1,2	1,2	1,2	1,1	1,1	1,1	1,1
Geld-,Bank- u. Vers.-gewerbe	1,8	1,9	1,9	2,0	2,5	2,6	2,7	2,8	2,8	2,9	3,2	3,3
Gastgewerbe	1,5	1,2	1,1	1,2	1,3	1,8	1,7	1,2	1,5	1,5	1,8	1,9
Dienstleistungshandwerk <sup>6)</sup>	2,6	2,1	1,6	2,2	3,6	4,3	5,0	4,5	3,6	3,3	3,5	3,6
Sonstige Dienstleistungen <sup>7)</sup>	3,2	2,2	1,8	2,4	3,9	4,6	5,2	4,7	3,8	3,6	3,8	3,8
Dienstleistungen, gesamt	2,0	1,7	1,5	1,7	2,3	2,5	2,7	2,5	2,2	2,1	2,3	2,3
Insgesamt	1,0	1,0	1,1	1,2	1,3	1,3	1,1	0,8	0,5	0,6	0,6	0,8
<sup>1)</sup> Inländerkonzept; einschl. Heimarbeiter. — <sup>2)</sup> Einschl. Berlin (West). — <sup>3)</sup> Einschl. produzierendes Handwerk u. sonst. Kleingewerbe. — <sup>4)</sup> Einschl. Bundesbahn und Bundespost. — <sup>5)</sup> Einschl. Soldaten. — <sup>6)</sup> U. a. fotografisches Gewerbe, Wäschereien, Friseure, Gebäudereinigung. — <sup>7)</sup> Insbesondere freie Berufe, Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte. Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.												

Iosenzahl möglich, wie es sich zuletzt schon im zweiten Halbjahr 1988 angedeutet hat. Das Umschwenken der Finanzpolitik auf einen restriktiven Kurs könnte aber dazu führen, daß die Chance zum Abbau der Arbeitslosigkeit nicht voll genutzt wird.

Sektorale Beschäftigungsentwicklung

In sektoraler Betrachtung wiederholt sich das von 1985 und 1986 her bekannte Expansionsmuster. Das Investitionsgütergewerbe trägt allein den Anstieg der Beschäf-

**Saisonbereinigte Entwicklung der Beschäftigtenzahl<sup>1)</sup>**  
in 1000

	1985	1986				1987				1988		
	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
Land- u. Forstwirtschaft	249	248	250	249	247	245	245	245	243	243	243	241
Produzierendes Gewerbe	9705	9744	9781	9807	9813	9802	9787	9757	9741	9744	9722	9720
dar.: Verarb. Gewerbe	7982	8025	8069	8095	8104	8098	8090	8075	8064	8060	8063	8078
Baugewerbe	1259	1254	1247	1247	1244	1239	1233	1222	1219	1226	1203	1188
Handel und Verkehr	4323	4321	4323	4329	4335	4344	4344	4349	4352	4360	4363	4372
Dienstleistungen	8076	8104	8140	8192	8257	8304	8358	8401	8438	8484	8545	8595
Beschäftigte, insgesamt	22353	22417	22495	22576	22652	22695	22734	22753	22774	22831	22874	22929

<sup>1)</sup> Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV 3).

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

tigtenzahl im verarbeitenden Gewerbe. Allerdings ist hier das Tempo der Beschäftigungsausweitung zur Zeit noch erheblich geringer als damals. Im Berichtsquartal fanden dort 12 000 Personen mehr einen Arbeitsplatz, in einzelnen Quartalen der Jahre 1985 und 1986 waren es mehr als 40 000 gewesen. Von den großen Zweigen Straßenfahrzeugbau, Maschinenbau und Elektrotechnik ist nur die Elektrotechnik zu einer spürbar offensiveren Personalpolitik übergegangen. Im Maschinenbau wurde der Arbeitsplatzabbau gestoppt. Im Straßenfahrzeugbau wurde wegen der erwarteten Abkühlung der Automobilkonjunktur trotz der günstigen aktuellen Produktionsentwicklung vorsichtig disponiert, die Beschäftigung blieb dort im großen und ganzen gleich.

In den übrigen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes hat sich die Beschäftigungstendenz kaum verändert. Die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie baut trotz guter Konjunktur Arbeitsplätze ab. In der Verbrauchs-

güterindustrie entstehen zwar zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten, aber nicht in einem Maße, wie man es angesichts der seit einigen Jahren kräftigen Entwicklung des privaten Verbrauchs hätte erwarten können. Im gesamten verarbeitenden Gewerbe stieg die Zahl der Beschäftigten im dritten Quartal 1988 um 15 000.

Enttäuschend ist die Entwicklung in der Bauwirtschaft. Im Berichtsquartal wurden dort saisonbereinigt erneut etwa 15 000 Beschäftigte weniger gezählt. Auch wenn man die witterungsbedingte Sonderentwicklung zu Beginn des Jahres 1988 ausklammert, zeigt sich, daß der Abwärtstrend der Beschäftigtenzahl sogar stärker geworden ist, obwohl das vergangene Jahr erstmals seit längerem einen deutlichen Anstieg der Bauproduktion mit sich gebracht hat. Im dritten Quartal war jedoch die reale Wertschöpfung im Baugewerbe nur noch um 1 vH höher als im Jahr zuvor. Bei einem Anstieg der Produktivität je Beschäftigten um etwa 3 vH ergab sich so der Rückgang der Beschäftigtenzahl um rd. 2 vH.

**Zahl der durchschnittlich geleisteten Arbeiterstunden**  
Veränderung gegenüber Vorjahr in vH

	1985	1986				1987				1988		
	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup>	-2,0	-3,8	1,2	-0,4	-0,9	0,5	-4,0	-2,4	-0,2	1,6	1,0	-0,9
dav.: Bergbau	1,8	-3,3	2,8	-3,3	-3,0	-0,2	-5,2	-5,8	0,6	0,4	-3,3	-0,8
Grundstoff- u. Prod.-güter	-1,7	-2,8	0,5	-1,0	-1,4	0,5	-2,7	-1,0	0,7	2,7	1,6	0,7
Investitionsgüter	-2,7	-4,7	1,7	-0,1	-0,7	0,4	-5,2	-3,6	-0,7	1,2	1,0	-1,5
Verbrauchsgüter	-1,4	-3,1	0,8	-0,2	-0,3	0,9	-2,7	-0,7	-0,4	1,7	1,2	-0,9
Nahrungs- u. Genußmittel	-0,4	-1,3	0,7	-0,3	-0,7	0,6	-1,3	0,1	0,3	1,1	0,2	-1,1
Bauhauptgewerbe	-4,1	3,1	3,3	0,6	5,7	-9,1	-1,0	1,6	-0,6	36,6	0,1	-2,8

<sup>1)</sup> Einschl. Bergbau. Nur Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Fachserie 4, Produzierendes Gewerbe, Reihe 4,1.1, Beschäftigung, Umsatz und Energieversorgung der Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe; Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft.

**Beschäftigung, Bruttolöhne und -gehälter sowie Durchschnittseinkommen**  
Veränderung gegenüber Vorjahr in vH

	1986	1987	1988 <sup>1)</sup>	1986		1987				1988			
				III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV <sup>1)</sup>
Beschäftigung	1,2	0,9	0,7	1,2	1,3	1,3	1,1	0,8	0,5	0,6	0,6	0,8	1
Bruttolöhne und -gehälter	5,0	3,9	3,6	5,3	4,7	3,6	4,5	3,7	3,9	4,8	3,1	3,6	3
Durchschnittseinkommen	3,8	3,0	2,9	4,0	3,4	2,3	3,4	2,9	3,4	4,2	2,5	2,8	2

1) Schätzung.  
Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

Ungebrochen blieb die Beschäftigungszunahme im tertiären Sektor. In den Dienstleistungsbereichen insgesamt dürften wie in den Vorquartalen etwa 50 000 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden sein. Neben den „sonstigen Dienstleistungen“, also insbesondere freien Berufen und Organisationen ohne Erwerbszweck, die wiederum einen Beschäftigungszuwachs von 20 000 Personen aufwiesen, waren der öffentliche Dienst (+10 000), Banken und Versicherungen (+7 000) und das Dienstleistungshandwerk (+8 000) maßgeblich an der Gesamtexpansion beteiligt.

**Einkommensentwicklung**

Das durchschnittliche Monatseinkommen aller Arbeitnehmer war im Berichtsquartal nur um 2,8 vH höher als in der entsprechenden Vorjahresperiode. Gedrückt wurde das Ergebnis vor allem vom schwachen Einkommensanstieg der im öffentlichen Dienst Beschäftigten. Mit der geringen Rate von 1,7 vH blieb dort der Einkommenszuwachs wiederum hinter der tariflichen Steigerung zurück. Strukturelle Einflüsse wie etwa die zunehmende Teilzeitarbeit dürften für diese Diskrepanz ausschlaggebend gewesen sein. In allen übrigen Bereichen lag der Einkommensanstieg innerhalb des Bandes von 2 1/2 bis 4 vH.

Die Bruttolohn- und -gehaltssumme stieg um gut 3 1/2 vH. Aus dem Rahmen fällt vor allem das schwache Ergebnis der Bauwirtschaft (+0,3 vH) aufgrund des erneuten Beschäftigungsrückgangs. Dagegen schlugen sich im Geld-, Bank- und Versicherungsgewerbe hohe Zuwächse der Beschäftigung und überdurchschnittliche Verdienstmöglichkeiten in einem außergewöhnlich kräftigen Anstieg der Bruttolohn- und -gehaltssumme (+7 1/2 vH) nieder.

Die Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft waren im Berichtsquartal nicht höher als in der entsprechenden Vorjahreszeit. In der Industrie gingen sie sogar um ein Prozent

zurück. Dies bedeutet, daß sich die Gewinnsituation der Industrie nicht nur absolut, sondern auch gegenüber den anderen Sektoren verbessert hat, da der Rückgang der Lohnstückkosten dort weder im internationalen noch im nationalen Wettbewerb voll über die Preise weitergegeben werden mußte.

Das schlägt sich auch in der funktionalen Einkommensverteilung nieder. Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen stiegen im dritten Vierteljahr um 9 1/2 vH, die Einkommen der Arbeitnehmer um 3 1/2 vH. Diese Verteilungsänderung, die sich nunmehr (1988) schon im siebten Jahr in hohem Tempo vollzieht, könnte sich als ein erhebliches Risiko für den gesellschaftlichen Konsens erweisen.

**Ausblick auf das vierte Quartal 1988**

Bei hoher Kapazitätsauslastung und weiterhin expandierender Auslandsnachfrage dürfte sich die Beschäftigungszunahme in der Industrie im vierten Quartal noch einmal verstärkt haben. Für die Gesamtwirtschaft bedeutet das eine weitere Ausweitung der Beschäftigung um rund 50 000. Gegenüber dem entsprechenden Quartal des Vorjahres beträgt der Zuwachs knapp 1 vH. Im Vorjahresvergleich werden die Durchschnittseinkommen und die Bruttolohn- und -gehaltssumme etwas schwächer als im Berichtsquartal expandieren.

Für das gesamte Jahr 1988 ergibt sich ein Anstieg der Zahl der Beschäftigten um etwa 160 000. Das ist zwar deutlich weniger als 1987, damals war die Beschäftigtenzahl um über 200 000 angestiegen, es ist aber eine Fortsetzung des Beschäftigungswachstums im fünften Jahr. Da die Zahl der Beschäftigten einen konjunkturellen Nachlauf aufweist, dürfte der jahresdurchschnittliche Anstieg der Beschäftigung 1989 wieder etwas höher sein.

## Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr.122 **Konzeption einer Strukturberichterstattung für die Bundesrepublik Deutschland.** Möglichkeiten und Grenzen der Analyse sektoraler Strukturentwicklungen. Von Bernd Görzig und Wolfgang Kirner, unter Mitarbeit von Reiner Stäglin. 68 S. 1978. DM 28,60.
- Nr.123 **Zweimal deutsche Sozialpolitik.** Von Peter Mitscherling. 136 S. 1978. DM 26,—.
- Nr.124 **Forschung und Entwicklung in der Berliner Industrie.** Ergebnisse einer Befragung. Von Burkhard Dreher. 112 S. 1978. DM 36,—.
- Nr.125 **Maßnahmen für eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing unter Mitarbeit von Klaus-Dieter Labahn. 379 S. 1978. DM 148,—.
- Nr.126 **Zur Lage und Entwicklung der deutschen Filmwirtschaft.** Von Burkhard Dreher. 93 S. 1978. DM 32,80.
- Nr.127 **Neuberechnung der Wegekosten im Verkehr für das Jahr 1975.** Von Heinz Enderlein. 48 S. 1978. DM 18,60.
- Nr.128 **Regionalplanung und regionale Wirtschaftsstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik.** Von Angela Scherzinger und Herbert Wilkens. 89 S. 1979. DM 33,60.
- Nr.129 **Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark (DDR). Eine Neuberechnung.** Von Charlotte Otto-Arnold. 76 S. 1979. DM 24,60.
- Nr.130 **Industrielle Strukturprobleme und sektorale Strukturpolitik in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. 160 S. 1979. DM 59,60.
- Nr.131 **Zur Interdependenz der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung.** Grundlagen eines simultanen interregionalen Modells für die Bundesrepublik Deutschland. Von Herwig Birg. 290 S. 1979. DM 118,—.
- Nr.132 **Zum Problem der Substitutionsmöglichkeit von Mineralölprodukten durch andere Energieträger — dargestellt am Beispiel eines Bundeslandes.** Von Urs Dolinski und Klaus-Dieter Labahn. 106 S. 1980. DM 44,60.
- Nr.133 **Möglichkeiten der künftigen Strombedarfsdeckung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Eckhard Casser, Jörg-Peter Weiß und Hans-Joachim Ziesing. 131 S. 1980. DM 55,30.
- Nr.134 **Lohnentwicklung und Lohnpolitik als Bestimmungsgründe konjunktureller Verläufe und struktureller Verschiebungen.** Von Hans-Peter Basler. 102 S. 1981. DM 44,80.
- Nr.135 **Elemente regionaler Wohnungsmarktmodelle und offene Fragen der Wohnungsmarktanalyse.** Von Bernd Bartholmai. 43 S. 1982. DM 22,60.
- Nr.136 **Entwicklung und Struktur des deutsch-sowjetischen Handels — Seine Bedeutung für die Volkswirtschaften der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.** Von Jochen Bethkenhagen und Heinrich Machowski. 83 S. 1982. DM 44,—.
- Nr.137 **Berechnung der Kosten für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1981.** Von Heinz Enderlein. 59 S. 1983. DM 22,60.
- Nr.138 **Die Bedeutung des innerdeutschen Handels für die Wirtschaft der DDR.** Von Doris Cornelsen, Horst Lambrecht, Manfred Melzer und Cord Schwartau. 203 S. 1983. DM 84,—.
- Nr.139 **Beurteilung der Wirtschaftlichkeitsschwelle und Analyse der Produktionskapazitäten bei neuen Technologien zur Energieeinsparung in mittel- und längerfristiger Sicht.** Von Hans-Joachim Ziesing. 458 S. 1983. DM 198,—.
- Nr.140 **Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern.** Von Fritz Franzmeyer, Hans J. Petersen (Hrsg.). 251 S. 1984. DM 44,60.
- Nr.141 **Messen und Ausstellungen als expansive Dienstleistungen.** Von Uwe Müller. 100 S. 1985. DM 22,60.
- Nr.142 **Präferenzregelung der Forschungs- und Entwicklungsförderung in Berlin.** Von Kurt Hornschild. 68 S. 1985. DM 19,80.
- Nr.143 **Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen.** Von Franz-Josef Bade. 280 S. 1987. DM 56,—.
- Nr.144 **Der Beitrag der Europäischen Gemeinschaft zur Bekämpfung des Hungers in der Welt.** Von Peter Hrubesch und Siegfried Schultz (Hrsg.). 259 S. 1987. DM 54,—.
- Nr.145 **Die Beseitigung von Steuergrenzen in der Europäischen Gemeinschaft — Vorteile und Probleme einer Harmonisierung von Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern im europäischen Binnenmarkt.** Von Rüdiger Parsche, Bernhard Seidel und Dieter Teichmann unter Mitarbeit von Georg Erber und Hansjörg Haas. 468 S. 1988. DM 82,60.

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33  
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00  
BTX-Systemnummer \* 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp (beurlaubt)

Ableitungsteilerkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

*Regionales Gefälle in der öffentlichen Finanzkraft verlangt nach umfassenden Lösungen.* Bearbeitet von Dieter Vesper.

*Konjunkturelle Besserung auf dem Arbeitsmarkt.* Bearbeitet von Heiner Flassbeck. —

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 125,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten